

Zeitschrift: Der Friede : Monatsschrift für Friedens- und Schiedsgerichtsbewegung

Herausgeber: Schweizerische Friedensgesellschaft

Band: - (1920)

Heft: 1

Artikel: Eine Stimme gegen den Völkerbund

Autor: [s.n.]

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-802143>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

ihn kommt, so wird sein Gegner uns nicht auch noch zum Feind machen wollen, wir sind dann in der Hauptsache auf den Verkehr mit dem Bunde angewiesen. Halten sich die Kriegsparteien ungefähr die Wage, so wird unsere Lage von der, die wir eben durchgemacht haben, nicht sehr verschieden sein. Darüber aber kann kein Zweifel bestehen, dass die Gefahr, in den Krieg verwickelt zu werden, unvergleichlich geringer ist, wenn wir außerhalb des Bundes stehen und nur zwangsläufig zur passiven Sperre gegen den Völkerbundsgegner angehalten werden, der dann mit gleichwertigen Gegenmassregeln ein annäherndes Gleichgewicht herstellen kann, wie es die letzten 4 Jahre geschehen ist. Es trifft also durchaus nicht zu, wenn behauptet wird, unsere Lage bleibe sich gleich, ob wir im Bunde seien oder nicht.

Als eine Folge des Nichtbeitrittes wird uns von den Anhängern des Völkerbundprojektes unter anderem die Vorenthalterung der Rohstoffe auch in Friedenszeiten in Aussicht gestellt; ja, ein Vertreter der Schweiz in Paris hat sogar erklärt, das Misstrauen der Gründer des Völkerbundes der Schweiz gegenüber könnte selbst zu deren Ausschluss vom internationalen Arbeitskongress und zum Verlust des Völkerbundssitzes führen. Der Rohstoffentzug wäre eine Massregel, die unsere wirtschaftliche und unmittelbar auch unsere militärische Kraft beeinflussen könnte. Wir dürfen aber wohl fragen, woher den Befürwortern des Beitrittes diese Befürchtungen kommen, die, wenn sie begründet wären, die Ziele der Völker und Staaten in ein sehr eigentümliches Licht stellen würden. Noch ist in aller Erinnerung, wie insbesondere von den Seemächten die Fortsetzung des Wirtschaftskrieges nach dem Friedensschlusse selbst gegen die Besiegten des bestimmtesten abgelehnt und von der Hand gewiesen wurde. Wie käme man dazu, diese freiheitswidrige Massregel gegen die neutrale Schweiz anzuwenden, die unter den schwersten Opfern während des Krieges sich der strengsten Unparteilichkeit beflossen hat, nicht zu gedenken ihrer Leistungen zur Milderung des Loses der Kriegsbetroffenen?

Ist aber trotzdem eine Drohung im Sinne der Rohstoffsperre oder ähnlicher Massregeln gegen die Schweiz von autoritativer Seite gefallen, so gebe man uns amtlich und authentisch Kenntnis davon, damit wir beurteilen können, ob wir tatsächlich schon in volle Abhängigkeit von den zum Bunde vereinigten Grossmächten oder einzelner davon gelangt sind, und ob man uns durch Drohungen zwingen will, unsere Unabhängigkeit durch Eintritt in den Bund aufzugeben. Wir können das weder glauben noch annehmen, so lange uns nicht Beweise dafür geliefert werden. Dies noch um so weniger, als vieles darauf hindeutet, dass die Völker, die allerdings zum Völkerbund nichts zu sagen hatten, offenkundig nach Wiederaufnahme des freien Verkehrs

geradezu lechzen, des freien Verkehrs, der auch ein Mittel sein wird, um wieder die Versöhnung der Menschen und Nationen herbeizuführen. Der lästigen Sperrmassregeln ist alles satt bis auf wenige, die des Gewaltmissbrauchs niemals satt werden können. Es liegen keinerlei Beweise dafür vor, dass die Stellung der Schweiz außerhalb des Völkerbundes nicht eine ebenso geachtete sein wird, als bisher, wenn sie ihre absolute Neutralität aufs gewissenhafteste durchführt und an der freien Ausübung des Asylrechts als Ausfluss ihrer Souveränität festhält. Sie soll nicht fürchten und hat nicht zu befürchten, dass die Staaten des Völkerbundes es die Schweiz entgelten lassen, wenn sie bei ihrer altüberlieferten Politik verbleiben will, die niemandes Rechte verletzt und anerkanntmassen auch heute noch im europäischen Interesse liegt; das Gegenteil anzunehmen wäre eine Beleidigung des Völkerbundes, dessen Ziele die schweizerische Neutralität in keiner Weise stören kann.

Wir schliessen mit der Erklärung, dass nach unserem Dafürhalten die Schweiz alle Ursache habe, vorab aus militärischen Gründen, dem Völkerbund nicht beizutreten, um ihre ewige Neutralität, die bewährte Richtschnur ihrer ganzen Aussenpolitik und ihre Unabhängigkeit, aufrecht zu erhalten.

Bern, 14./18. Juli 1919.

Oberstkorpskommandant Sprecher von Bernegg,
weiland Chef des Generalstabes;
Oberstkorpskommandant Schiessle, Kommandant
des 2. Armeekorps.
Oberstkorpskommandant Steinbuch, Kommandant
des 3. Armeekorps.

Eine Stimme gegen den Völkerbund.

Wir haben bis jetzt nur Stimmen für den Völkerbund an diese Stelle veröffentlicht. Nun ist es — schon weil wir unparteiisch handeln und jeder Anschauung gerecht werden möchten — nicht mehr als billig, dass wir wenigstens eine Stimme dagegen hier bringen. Handelt es sich doch um das Urteil eines um die Wohlfahrt der Schweiz höchst verdienten, selbstlos nur das Beste für seine Volksgenossen wollenden Mannes, des Ingenieurs Rudolf Geipke in Basel, des Begründers und Förderers der Rheinschiffahrt im Einzelnen und der Flusschiffahrt in Mitteleuropa im Allgemeinen, des Unterstützers im Bestreben des Volkes von Vorarlberg, sich der Schweiz als 25. Kanton anzuschliessen. Unabhängig von jeder Partei und auf sich selbst gestellt, nicht an der Staatskrippe sich nährend, sondern in allem ein unentwegter Aufrechter, hat ihn das grosse Vertrauen seiner Basler Mitbürger aufs neue mit dem Nationalratsmandate betraut. Und so hat er seine gewichtige Stimme in jener Behörde erhoben und vor der Abstimmung im

Nationalrate seinen Kollegen und dem ganzen Schweizervolke folgendes zu bedenken gegeben. Sein Votum lautete: „Es war bemühend, aus den gefallenen Voten zu entnehmen, dass viel mehr in das Völkerbundsprojekt interpretiert wird, als es enthält. Man hat viel von einem Weltgewissen gesprochen, und doch tun wir einstweilen besser, uns auf unser nationales Gewissen zu besinnen. Man will am Völkerbund einen Fortschritt der Menschheitsgeschichte erblicken; aber auch hier müssen wir die Menschen nehmen, wie sie sind; und darum ist ein Fortschritt im Völkerleben nur möglich auf Grund einer inneren Erneuerung. Wer glaubt, dass sich eine solche Entwicklung mittelst einer Organisation erzwingen lässt, gibt sich einem Wahne hin. Das Projekt ist kein Bund, sondern, wie sein französischer Titel richtig sagt, eine Staatengesellschaft, und zwar eine solche, mit der wir keine Interessengemeinschaft haben. Wenn uns juristische Kapazitäten den Vertrag so verschieden auslegen, beweist dies, auf welch ungenügender Basis er aufgebaut ist. Die endgültige Interpretation werden die Ereignisse bringen, denen wir machtlos gegenüberstehen werden. Daher tun wir gut, unseren Betrachtungen die für uns ungünstige Interpretation zugrunde zu legen. Ein Beispiel bietet uns die Rheinschiffahrt. Als während des Krieges von deutscher Seite die Verbauung des Rheines drohte und man bei uns die Freiheit der Flusschiffahrt forderte, fand diese nur ein mächtiges Echo in Frankreich. Heute aber will uns Frankreich auf Grund des Friedensvertrages den Rhein trocken legen. Das beweist, dass Tatsachen und nicht Prinzipien im Völkerleben entscheiden. Die Völkersolidarität ist ein leerer Begriff; es gibt nur eine solche Solidarität, nämlich die der Juden. Wenn bei uns neue Interessen aus dem Boden schiessen und eine weltwirtschaftliche Orientierung gesucht wird, so geschieht dies auf Kosten unserer nationalen Volkswirtschaft. Darum heisst es: Zurück auf die innere Linie, auf die eigene Volkswirtschaft, wobei allerdings Exportindustrien weiter bestehen sollen, soweit sie für uns notwendig sind. Das in allen Ländern zutage tretende Bestreben, die eigene Produktion zu schützen und nur einheimische Arbeitskräfte anzustellen, passt schlecht zu der Parole von der internationalen Solidarität, von der weltwirtschaftlichen Interessengemeinschaft; dabei sind jene Staaten weniger überfremdet als wir. Wer in Zürich und Genf sieht, welchen Fortschritt die Überfremdung schon gemacht hat, kann sich für die internationale Schwärmerei, die bei uns um sich greift, nicht begeistern. Vor wenigen Tagen hat Lloyd George, einer der Begründer des Völkerbundes, in einer Rede selber erklärt, dass die insulare Lage Englands ihm trotz dem Völkerbund eine Beruhigung biete. Wir dagegen sind an exponierterster Lage, inmitten

der Konfliktherde, ohne eigene Strasse nach dem Meere. Wenn wir auf unseren letzten Schutz, die Neutralität, verzichten, so besteht die Gefahr, dass sich zwischen unsren Landesstämmen nicht nur ein Graben, sondern ein Abgrund auftut. Der Redner will gerne als Pessimist gelten wegen seines Misstrauens gegenüber der internationalen Solidarität. Er hat dafür den Glauben an unsere eigene nationale Zukunft nicht verloren.“

Diese Worte von Nationalrat Gelpke sind sehr zu beherzigen. Aber gleichwohl dürfte die Schweiz dem Völkerbund beitreten, sobald die Vereinigten Staaten von Amerika ihm beigetreten sein werden. Dann dürften wir mit dem alten Friedensfreunde d'Estournelles de Constant nach dem Wortlaut unseres von ihm stammenden Motto hoffen, dass endlich aus diesem Völkerbund gegen die Mittelmächte ein allgemeiner Völkerbund mit Einschluss der Mittelmächte und Russlands werde und damit dauernder Friede in Europa und der ganzen Kulturwelt einziehe.

L. R.

Der weisse Tod in Deutschland.

Unter obigem Titel veröffentlicht Pfr. Hans Baur in Basel eine Broschüre, einen Ruf an das Weltgewissen, worin er in ergreifenden Worten Selbsterlebtes und Selbstgeschautes in deutschen Gauen schildert und den Leser mitten hinein in die grausame Realität der Nachkriegszeit stellt. Schaudernd lässt der Verfasser die Bilder der Vereelung der Massen am geistigen Auge vorüberziehen, hervorgerufen durch die unselige Hungerblockade. Die Bevölkerung ist infolge Mangels an Nahrungsmitteln unterernährt und die Rachitis unter den Kindern, die nun mit mehr Recht als je die „englische Krankheit“ genannt werden kann, nimmt überhand. 50% der Kinder sind vaterlos geworden, und den Müttern entgleiten deshalb vielfach die Zügel der Zucht, wodurch die Jugendstraffälle sich nur mit Riesenmengen ausdrücken lassen. In Preussen und Hessen stieg die Zahl der Verurteilung Jugendlicher von 1914 auf 1917 von 51,000 auf 189,000, die von Verurteilten unter 14 Jahren in dieser Zeit von 6000 auf 38,000. Dabei sind wahrscheinlich viele Fälle gar nicht zur Anzeige gelangt! Dass Krankheit und Tod unter der Bevölkerung einen Siegeszug durch die deutschen Lande antreten konnten, ist ja begreiflich. Tuberkulose und Grippe, Dysenterie und die Folgen der infolge Zucht- und Lieblosigkeit um sich greifenden Unsitlichkeit haben mit ehrernen Lettern ein memento mori an die Stirn mancher Bewohner geschrieben. Die grosse Not hat auch eine geistige Erschlaffung notwendigerweise herbeigeführt, und mit der Verminderung der physischen und sittlichen Kräfte läuft ein Sinken der Arbeitskraft parallel. Einen besonderen Abschnitt widmet der Verfasser der Fronvogtpolitik, d. h. dem Leben